

Méco: Tram ist nur der Anfang

Anderthalb Wochen nach der Vorstellung des "tram léger"-Konzeptes für die Hauptstadt legt der Mouvement Ecologique eine umfassende Stellungnahme vor. Die Umweltgewerkschaft kommt zum Schluss, dass die geplante Stadtbahn ein wesentliches Element der Stadtentwicklung darstellt, allerdings nur dann, wenn andere Planungen im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs ebenso konsequent realisiert werden. Der Méco akzeptiert die Beweggründe, die dazu geführt haben, das BTB-Konzept nicht in seiner ursprünglichen Form weiterzuverfolgen, spricht sich aber dafür aus, die "train-tram"-Option offen zu lassen, sollte sich dies zu einem späteren Zeitpunkt doch noch als sinnvoll erweisen. Der "tram léger" setzt eine optimale Umsteigelösung und somit entsprechende Umbauten im Bereich des Bahnhofs Luxemburg voraus, aber auch eine zeitgleiche Realisierung der "gares périphériques". Dafür müssen jedoch in der mittelfristigen Finanzplanung des Staates genügend Gelder für Neubauprojekte vorgesehen werden. Angesichts der finanziellen Situation des Landes, müssten deshalb im Bereich Mobilität klare Prioritäten gesetzt werden - weg vom "Fonds des Routes" hin zum "Fonds des Rails".

Schrottautos auf Pole Position

Verschrotten, aber wie? Die Richtlinien zur Entsorgung der so genannten "véhicules hors d'usage" (VHU) wurden diese Woche im "Accord environnemental" des Umweltministeriums mit den betroffenen Akteuren vom Verband der Importeure und Händler vereinbart. In Luxemburg werden jährlich bis zu 4.800 Autos in Sandweiler abgemeldet. Produzenten und Importeure haben sich zu einer Rücknahmegarantie verpflichtet und müssen eine Recyclingstelle oder wenigstens ein VHU-Sammelstelle in Luxemburg oder im nahen Grenzgebiet einrichten. Auch sind sie angehalten der Umweltverwaltung in einem jährlichen Bericht Angaben über die Anzahl der zu verschrottenden Autos sowie zu den Recyclingvorgängen zu machen. Für den Besitzer ist die Entsorgung kostenlos unter der Bedingung, dass die Funktionalität des Wagens noch gewährleistet ist. Zur Verschrottung muss er sein altes Gefährt in einer registrierten Sammelstelle abgeben und erhält als Gegenbeleg ein "Certificat de destruction", das er der Kontrollstation vorweisen muss. Erst ab 1. Januar 2007 ist die Regelung für alle Autos gültig.

Goebbels l'ambivalent

Dans un de ses films, l'acteur-cinéaste Nanni Moretti implorait Massimo d'Alema, ancien leader de la social-démocratie italienne, de "dire quelque chose de gauche". Face à Robert Goebbels, eurodéputé du LSAP, on est souvent tenté de faire de même. Lors de sa dernière conférence de presse cette semaine, il a presque exaucé ce voeu. Présentant sa proposition de résolution relative à la stratégie de Lisbonne pour le Conseil de printemps 2006, Robert Goebbels s'est exprimé sur plusieurs sujets en débutant de manière étonnante. Concernant l'immigration par exemple, il a souhaité une "politique plus généreuse". Mais il a vite déçu: en effet, c'est la politique des Etats-Unis, avec sa logique de sélection utilitariste, qu'il a désignée comme modèle à suivre. Idem pour la politique énergétique. L'ancien ministre a évoqué plusieurs pistes alternatives au pétrole comme le "charbon propre", les biomasses, ou ... l'énergie atomique. "C'est un sujet tabou, mais l'énergie atomique revient en force", explique Goebbels et plaide en faveur d'une connexion au réseau français. Enfin, le député européen conclut avec un dernier exercice de haute dialectique en estimant que le brevet des inventions serait une garantie pour la recherche. En l'absence de tout brevet, celles-ci resteraient en effet secrètes et interdites au domaine public.

Guter Luxemburger, schlechter Europäer? Für den langjährigen LCGB-Vorsitzenden und CSV-Abgeordneten Marcel Glesener ist die Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten für EU-BürgerInnen im Großherzogtum ein Gebot der Vernunft.

(Foto: CSV)



EU-ARBEITSMARKT

"Wir sind nicht vorbereitet"

woxx: Am vergangenen Montag haben sich die Chamber-Kommissionen für EU-Angelegenheiten sowie für Arbeit zu einer gemeinsamen Sitzung getroffen. Thema war die Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Beitrittsländern. Eine kontroverse Diskussion?

Marcel Glesener: Natürlich war die Debatte kontrovers. Die Regierung ist sich noch nicht sicher, ob sie drei weitere Jahre lang von der Übergangsregel profitieren will oder die volle Liberalisierung umsetzen soll. Als dritte Möglichkeit käme auch eine sektorielle Öffnung einzelner Bereiche des Arbeitsmarktes in Betracht.

Wie verlaufen die Konfliktlinien?

Die sind ähnlich gelagert wie vor zwei Jahren. Doch nun hat sich auch noch die Situation auf dem Luxemburger Arbeitsmarkt dramatisch verschlechtert. Man muss den Menschen, die nach Luxemburg kommen, die Möglichkeit bieten, eine Arbeit zu bekommen. Zweitens stellt sich das Problem der Versorgung und Integration, sowie die Frage des Wohnraumes. Es kommen ja nicht nur Arbeiter, es kommen auch die Familien mit. Drittens hängt es davon ab, wie sich die Länder rund um Luxemburg verhalten, denn wir haben ja nicht bloß einen nationalen Arbeitsmarkt.

Was bedeutet das konkret?

Uns stellt sich das große Problem, ob wir uns jetzt gleich öffnen oder ob wir uns drei Jahre Zeit geben, um die Vorkehrungen treffen zu können, damit wir die Öffnung verkraften. Wir stellen fest, dass nach dem Beitritt der neuen Länder im Jahr 2004 über 850 Arbeitsgenehmigungen in Luxemburg ausgestellt wurden. Der Zustrom aus diesen Staaten ist also relativ stark. Jetzt können wir das steuern, denn wir haben eine flexible Gesetzgebung, die es im Bedarfsfall möglich macht, Arbeitnehmern eine Beschäftigung zu geben und die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu erfüllen.

Freizügigkeit bedeutet aber, dass man keine Arbeitserlaubnis mehr benötigt.

Momentan ist es jedoch wie gesagt so, dass sich die Situation am Luxemburger Arbeitsmarkt dramatisch verschlechtert hat. Unklar ist auch, wie sich die anderen Staaten der Grenzregion verhalten werden. Deutschland hat ja schon gesagt, dass man weiterhin von der Übergangsregelung Gebrauch machen wird.

Frankreich hat Anfang dieser Woche die volle Liberalisierung angekündigt.

Bestimmte sektorielle Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt werden jedoch auch dort beibehalten.

Wird sich die Liberalisierung in Frankreich Ihrer Meinung nach auch auf den luxemburgischen Arbeitsmarkt auswirken?

Wenn Frankreich sich öffnet, dann wird der Run französischer Grenzgänger nach Luxemburg stärker, was ich nicht beanstande. Aber wenn man sieht, in welcher Art und Weise sie von dem Stellenabbau bei Villeroy & Boch und TDK betroffen sind, dann muss man sich schon Gedanken machen. Deshalb bedarf es eines weiteren Denkprozesses, bevor wir in punkto Freizügigkeit zu einer definitiven Lösung kommen.

Die Freizügigkeit ist jedoch das wichtigste Recht, das Individuen aus den Gemeinschaftsvorschriften herleiten können. Diese Frage kann doch nicht nur arbeitsmarktpolitisch beantwortet werden.

Natürlich nicht. Aber die Übergangsbestimmungen sind ja nicht umsonst eingeführt worden. Man muss auch sehen, dass die alten Mitgliedsstaaten die Möglichkeit brauchen, den

Menschen, die zum Beispiel nach Luxemburg drängen, eine Existenzmöglichkeit zu geben.

Bis Ende April muss jedoch von allen Staaten eine diesbezügliche Entscheidung gefällt werden. Wie lautet Ihr persönliches Votum?

Ich habe Bedenken und plädiere eher dafür, dass wir uns ein neues Integrationsgesetz geben, das auch in Arbeit ist. Die kommenden drei Jahre sollten wir nutzen, um die Bedingungen für einen nahtlosen Übergang zu schaffen.

Damit unterscheidet sich Ihre Haltung von jener der Gewerkschaften, die sich gegen eine Verlängerung der Übergangsregelung ausgesprochen haben.

Ich bin mir nicht sicher, ob die Gewerkschaften diese Position so bedingungslos vertreten. Ich persönlich würde anraten, nicht zu sagen, wir benutzen diese drei Jahre integral. Aber wir sollten die Bedingungen schaffen, damit wir die Freizügigkeit auch in Luxemburg verkraften können.

In jenen Ländern, die keine Übergangsregelungen angewandt haben, hatte die Freizügigkeit laut EU-Kommission positive wirtschaftliche Auswirkungen. Hat Luxemburg eine große Chance vertan?

Wir haben die Möglichkeit, flexibel zu reagieren. Wenn in einigen Wirtschaftsbereichen ein Bedürfnis nach Arbeitskräften besteht, können wir dies ausgleichen und eine sektorielle Öffnung durchführen.

Befürworter der Freizügigkeit argumentieren, dass die Regulierung des Arbeitsmark-

tes über Angebot und Nachfrage für den Erfolg entscheidend sei.

Eine genaue Analyse des Luxemburger Arbeitsmarktes weist jedoch auf das Problem des Qualifikationsniveaus hin. Die Arbeitslosigkeit könnte also sehr wohl zunehmen. Aber das sind alles Prognosen. Deshalb würde ich lieber eine Denkpause einzulegen, damit die Entwicklung absehbar wird.

Lediglich 1,5 Prozent aller EU-Bürger sind in anderen EU-Ländern beruflich tätig. Das Jahr 2006 wurde zum europäischen Jahr der Arbeitnehmermobilität erklärt, um dies zu ändern. Ist da die aktuelle Debatte nicht äußerst kontraproduktiv?

Da haben Sie nicht unrecht. Aber man muss das immer im Kontext der nationalen Begebenheiten sehen. Die Freizügigkeit ist ein Ziel des europäischen Zusammenschlusses, doch die veränderte Situation in Luxemburg gibt mir zu denken.

Minister Nicolas Schmit, der sich sehr für die EU-Verfassung einsetzt, hat sich für die Beibehaltung der Übergangsregelung ausgesprochen. Er lässt sich also nicht vom Gedanken der europäischen Integration leiten, sondern von der Frage, in welchen Sektoren Arbeitskräfte benötigt werden. Ist das der richtige Denkansatz?

Die Frage des Arbeitsmarktes umfasst ja auch die Existenzbedingungen, die ein Land bieten kann. Ich sehe da keinen Widerspruch zu dem, was Nicolas Schmit gesagt hat. Es geht ja auch um die Integration. Man soll die öffentliche Meinungsbildung nicht überstrapazieren und den Menschen nicht zuviel zumuten. Das macht einen nicht zum schlechten Europäer. Natürlich bin ich für die Freizügigkeit. Ich bin auch für die Öffnung der Grenzen, aber das soll man bedächtig und in Etappen machen. Und man soll vor allem die Gelegenheit nützen, sich vorzubereiten. Das ist es, was ich vermisste: Wir haben uns seit zwei Jahren überhaupt nicht auf die zweite Phase nach 2006 vorbereitet. Es ist überhaupt nichts geschehen. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns die erforderliche Infrastruktur geben, auch auf der Grundlage eines neuen Integrationsgesetzes, damit die Menschen in Luxemburg leben können.

Warum ist in dieser Hinsicht bislang nichts passiert?

Dazu will ich mich jetzt nicht äußern.

Die CSV ist als Regierungspartei aber verantwortlich.

Natürlich. Ich habe als Vorsitzender der Immigrationskommission dazu auch zweimal einen Bericht gemacht. Ich wurde von der Regierung beauftragt, eine Studie über die Auswirkungen der Immigration auf den Luxemburger Arbeitsmarkt zu machen. Leider Gottes wurde dem nicht Rechnung getragen.

Sie haben also kein Gehör gefunden?

Nicht zu hundert Prozent. Zu einem Teil schon.

Nicht ausreichend? Vielleicht ungenügend, ja.

Interview: Thorsten Fuchshuber

Freizügigkeit
Nach der EU-Erweiterung um zehn neue Mitgliedsstaaten im Mai 2004 führten mehrere "alte" Mitgliedsstaaten, darunter Luxemburg, aus Angst vor negativen Folgen Arbeitsmarktbeschränkungen für die neuen EU-BürgerInnen ein. Vor dem 1. Mai 2006 müssen die Länder der EU-Kommission ihre Pläne für die nächsten drei Jahre bezüglich der Öffnung ihrer Arbeitsmärkte mitteilen. Bislang haben Finnland, Portugal und Spanien angekündigt, sämtliche Beschränkungen aufzuheben, Frankreich zog am Montag unter bestimmten Vorbehalten nach.